

Breslauer

Mittagblatt.

Freitag den 27. Juni 1856.

Zeitung.

Nr. 296.

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Wien, 26. Juni. Die heutige „Österreichische Correspondenz“ berichtet eine Mitteilung der „Turiner lithographirten Correspondenz“, und sagt, daß zwischen dem Botschafter Österreichs, Colloredo, und dem französischen Gesandten, Neyneval, in Rom ein aufrichtiges Einvernehmen herrsche.

Die „Österreichische Correspondenz“ meldet ferner, daß die Erwiderung Toskanas und der übrigen italienischen Staaten auf die österreichische Circular-Depesche entschieden günstig laute.

London, 26. Juni. Dem Vernehmen nach sind gestern von Liverpool aus 200 deutsche Legionäre nach Kanada abgegangen, woselbst ihnen die englische Regierung Land zugesagt hat; denselben dürften noch mehrere folgen oder andere Kolonien wählen.

Paris, 26. Juni. „Univers“ bringt einen Brief des Grafen Chambord, mittelst dessen er 20,000 Francs für die Überschwemmten sendet.

Paris, 26. Juni, Nachmittags 3 Uhr. Starke Käufe, fest, lebhaft schließend. — Schluss-Courte:

3pGt. Rente 71, 10. 4½pGt. Rente 92, 15. Credit-Mob.-Aktien 1557, 3pGt. Spanier 40½. 1pGt. Spanier 25%. Silberanleihe 88. Österreich-Staats-Eisenbahn-Aktien 897. Lombardische Eisenb.-Aktien 657.

London, 26. Juni, Nachm. 3 Uhr. Die Bank von England hat das Diskonto von 5 auf 4½ pGt. reduziert. — Der Cours der 3pGt. Rente aus Paris von Mittags 1 Uhr war 70, 80, von Nachmittags 1½ Uhr 70, 75 gemeldet. — Schluss-Courte:

Grosols 94%. 1pGt. Spanier 25%. Mexikaner 22%. Sardinier 92.

5pGt. Russen 108½. 4½pGt. Russen 98½.

Wien, 26. Juni, Nachm. 12½ Uhr. Die pariser niedrigeren Renten-Noticierungen drücken.

Silber-Anleihe 89. 5pGt. Metalliques 83½. 4½pGt. Metalliques 73%. Banknoten 1117. Bank-Int.-Scheine 364. Nordbahn 111%. 1854er Poste 108. National-Anleihe 85½. Staats-Eisenbahn-Aktien-Gerichtskarte 247. Credit-Akt. 382. London 10, 02. Hamburg 75. Paris 118%. Gold 6%. Silber 3. Elisabethbahn 110½. Lombardische Eisenbahn 130½. Theissbahn 105%. Centralbahn 106.

Frankfurt a. M., 26. Juni, Nachmittags 2 Uhr. Börse belebt, ziemlich fest. Rhein-Nahe-Bahn in Posten zu 105½ umgesetzt. — Schluss-Courte:

Wiener Börsel 117%. 5pGt. Metalliques 82%. 4½pGt. Metalliques 72. 1854er Poste 104%. Österreich. Nation-Anleihe 82%. Österreich-Französ. Staats-Eisenbahn-Aktien 289%. Österreich. Bank-Anteile 1303. Österreichische Credit-Aktien 234. Österr. Elisabethbahn 110%.

Hamburg, 26. Juni, Nachmittags 2½ Uhr. Matte Stimmung. —

Schluss-Courte: Österreichische Poste 107 Br. Österr. Credit-Akt. 197 Br. Österreich-Eisenbahn-Aktien —. Wien —

Hamburg, 26. Juni. Getreidemarkt. Weizen sehr fest, ruhiger durch zu hohe Forderungen. Roggen loco wie auch ab auswärts sehr fest gehalten. Oel loco 29%, pro Herbst 29%. Zink 2500 Gtr. loco und Lieferung 15½.

Liverpool, 26. Juni. Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz. Preise gen gestern unverändert.

Telegraphische Nachrichten.

Stettin, 26. Juni. Die General-Versammlung der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft hat unter sehr lebhafter Diskussion den Beschluss gefaßt, von Greifswald über Anklam, Pasewalk und Prenzlau nach Berlin und von Pasewalk nach Stettin zu bauen, und neue Stammaktien in der Art zu emittieren, daß auf 500 alte 400 neue kommen. Das Anlagekapital ist auf 9 Millionen 800,000 Thlr. veranlagt. Die beteiligten Kreise geben unentgeltlich Grund und Boden her und übernehmen eine Million Prioritäten. Diese Konzession der Kreise ist als Bedingung beschlossen. Die Details der Ausführung sind den Gesellschaftsvorständen überlassen. Die Versammlung ist sehr zahlreich besucht. Bei Abgang der Depesche dauert die Diskussion noch fort. (B. B. 3.)

Preußen.

Berlin, 26. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Den bisherigen Regierungsrath Alexander Ludwig August v. Götz zu Breslau zum Ober-Regierungsrath und Regierungs-Abteilungs-Diregenten, und die bisherigen Stadtrichter v. Helford und Detmann hier selbst zu Stadtgerichtsräthen bei dem hiesigen Stadtgericht zu ernennen.

Dem Eisenbahn-Direktor Maybach zu Breslau ist die bisher kommissarisch von ihm wahrgenommene Stelle des vom Staate ernannten Mitgliedes des Verwaltungsrates der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft, welches in demselben und in dessen beiden Sektionen, dem Direktorium und dem Ausschuß, Sitz und Stimme hat, definitiv verliehen worden.

Dem erkrankten Notar Hoevel in Mühlheim an der Mosel ist die nachgesuchte Entlassung aus seinem bisherigen Amte vom 1. Juli d. J. ab ertheilt und der Notariats-Kandidat Theodor Wahl in Düsseldorf von demselben Tage ab zum Notar für den Friedensgerichts-Bezirk Berncastel, im Landgerichts-Bezirk Trier, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Mühlheim, ernannt worden.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem ältesten Chef des Hauses Friedheim und Söhne in Berlin, Kaufmann Moritz Friedheim, die Erlaubnis zur Anlegung des von des Königs von Sachsen Majestät ihm verliehenen Ritterkreuzes des Albrechts-Ordens zu ertheilen.

Berlin, 26. Juni. Der „Ostd. Post“ schreibt man von hier: „Als eine der unmittelbaren Folgen des Austausches der Ideen und Wünsche, wozu die Anwesenheit des Kaisers von Russland in Berlin Gelegenheit gab, betrachtet man die für den gegenseitigen Verkehr hochwichtige Nachricht von der Bildung einer Kommission zur Festsetzung oder Vereinbarung neuer gemeinschaftlicher Anordnungen zur Erleichterung des Verkehrs auf dem 180 deutsche Meilen langen, durch Wälder, Moränen und Sümpfe bezeichneten, Grenzuge, der unter der vorigen Regierung hermetisch verschlossen war. Zur Einleitung des wichtigen Geschäftes ist bereits ein höherer Beamter aus dem Handelsmi-



Zeitung.

Nr. 296.

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Wien, 26. Juni. Die heutige „Österreichische Correspondenz“ berichtet eine Mitteilung der „Turiner lithographirten Correspondenz“, und sagt, daß zwischen dem Botschafter Österreichs, Colloredo, und dem französischen Gesandten, Neyneval, in Rom ein aufrichtiges Einvernehmen herrsche.

Die „Österreichische Correspondenz“ meldet ferner, daß die Erwiderung Toskanas und der übrigen italienischen Staaten auf die österreichische Circular-Depesche entschieden günstig laute.

London, 26. Juni. Dem Vernehmen nach sind gestern von Liverpool aus 200 deutsche Legionäre nach Kanada abgegangen, woselbst ihnen die englische Regierung Land zugesagt hat; denselben dürften noch mehrere folgen oder andere Kolonien wählen.

Paris, 26. Juni. „Univers“ bringt einen Brief des Grafen Chambord, mittelst dessen er 20,000 Francs für die Überschwemmten sendet.

Paris, 26. Juni, Nachmittags 3 Uhr. Starke Käufe, fest, lebhaft schließend. — Schluss-Courte:

3pGt. Rente 71, 10. 4½pGt. Rente 92, 15. Credit-Mob.-Aktien 1557, 3pGt. Spanier 40½. 1pGt. Spanier 25%. Silberanleihe 88. Österreich-Staats-Eisenbahn-Aktien 897. Lombardische Eisenb.-Aktien 657.

London, 26. Juni, Nachm. 3 Uhr. Die Bank von England hat das Diskonto von 5 auf 4½ pGt. reduziert. — Der Cours der 3pGt. Rente aus Paris von Mittags 1 Uhr war 70, 80, von Nachmittags 1½ Uhr 70, 75 gemeldet. — Schluss-Courte:

Grosols 94%. 1pGt. Spanier 25%. Mexikaner 22%. Sardinier 92.

5pGt. Russen 108½. 4½pGt. Russen 98½.

Wien, 26. Juni, Nachm. 12½ Uhr. Die pariser niedrigeren Renten-Noticierungen drücken.

Silber-Anleihe 89. 5pGt. Metalliques 83½. 4½pGt. Metalliques 73%. Banknoten 1117. Bank-Int.-Scheine 364. Nordbahn 111%. 1854er Poste 108. National-Anleihe 85½. Staats-Eisenbahn-Aktien-Gerichtskarte 247. Credit-Akt. 382. London 10, 02. Hamburg 75. Paris 118%. Gold 6%. Silber 3. Elisabethbahn 110½. Lombardische Eisenbahn 130½. Theissbahn 105%. Centralbahn 106.

Frankfurt a. M., 26. Juni, Nachmittags 2 Uhr. Börse belebt, ziemlich fest. Rhein-Nahe-Bahn in Posten zu 105½ umgesetzt. — Schluss-Courte:

Wiener Börsel 117%. 5pGt. Metalliques 82%. 4½pGt. Metalliques 72. 1854er Poste 104%. Österreich. Nation-Anleihe 82%. Österreich-Französ. Staats-Eisenbahn-Aktien 289%. Österreich. Bank-Anteile 1303. Österreichische Credit-Aktien 234. Österr. Elisabethbahn 110%.

Hamburg, 26. Juni, Nachmittags 2½ Uhr. Matte Stimmung. —

Schluss-Courte: Österreichische Poste 107 Br. Österr. Credit-Akt. 197 Br. Österreich-Eisenbahn-Aktien —. Wien —

Hamburg, 26. Juni. Getreidemarkt. Weizen sehr fest, ruhiger durch zu hohe Forderungen. Roggen loco wie auch ab auswärts sehr fest gehalten. Oel loco 29%, pro Herbst 29%. Zink 2500 Gtr. loco und Lieferung 15½.

Liverpool, 26. Juni. Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz. Preise gen gestern unverändert.

Telegraphische Nachrichten.

Stettin, 26. Juni. Die General-Versammlung der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft hat unter sehr lebhafter Diskussion den Beschluss gefaßt, von Greifswald über Anklam, Pasewalk und Prenzlau nach Berlin und von Pasewalk nach Stettin zu bauen, und neue Stammaktien in der Art zu emittieren, daß auf 500 alte 400 neue kommen. Das Anlagekapital ist auf 9 Millionen 800,000 Thlr. veranlagt. Die beteiligten Kreise geben unentgeltlich Grund und Boden her und übernehmen eine Million Prioritäten. Diese Konzession der Kreise ist als Bedingung beschlossen. Die Details der Ausführung sind den Gesellschaftsvorständen überlassen. Die Versammlung ist sehr zahlreich besucht. Bei Abgang der Depesche dauert die Diskussion noch fort. (B. B. 3.)

Sanssouci, 26. Juni. [Seine Majestät der König] nahm gestern mehrere Vorträge entgegen. Das Diner, zu dem die Kronprinzen-Herrschaften von Sachsen, sowie deren Gefolge und mehrere andere Herren geladen waren, fand um 3 Uhr in Sanssouci statt. Gegen Abend begaben Ihre Majestäten Allerbößlich mit den hohen Gästen nach dem Wildpark und nahmen den Thee ein im beiterlichen Häuschen. (St. Anz.)

Frankfurt a. M., 26. Juni. Das „Exposé des motifs“, das dem Gesetz betreffs der Prinzessinnen der Familie Orleans vorangeht, lautet:

Meine Herren! Der Prinz-Präsident der Republik erließ am 22. Januar 1852, damals mit der unbefrchteten legislativen Gewalt bekleidet, ein Dekret, das sich auf ein altes öffentliches Recht Frankreichs stützend, der Staats-Domäne die Güter zurückgab, die in der Donation einbegripen waren, welche der König Louis Philippe am 7. August seinen Kindern mache. Dieses Dekret, bekräftigt durch ein zweites vom 27. März 1852, ist vollständig und regelmäßig ausgeführt worden. Die Domänen-Verwaltung hat definitiv Besitz genommen von den in der Donation einbegripenen und beweglichen Gütern und hat sie zum Theil veräußert. Was jedoch die Staats-Politik vorgeschrieben hat und was die alten Gesetze der Monarchie autorisierten, hat Se. Majestät geglaubt, in sofern davon die drei Prinzessinnen, Tochter Louis Philippe's betroffen werden, modifizieren zu können. Diese drei Prinzessinnen figurierten unter den Kindern des Königs in den Akten vom 7. August. Später konstituierten sie sich in Heirathsgut die Vortheile, die für sie aus dieser Donation entsprangen; das Heirathsgut ein Prinzessin, die ihr Land verläßt und in eine fremde Familie tritt, kann als eine der Bedingungen betrachtet werden, welche der Heirath zur Folge gehabt haben. Andererseits hat der Vertrag vom 30. März den Frieden zwischen den Großmächten Europas glücklicherweise wieder hergestellt; dieser Vertrag ist ohne Zweifel dazu berufen, freundschaftliche Beziehungen zwischen den souveränen Häusern Europas zu erneuern und selbst zu schaffen. Unter diesen Umständen hat der Kaiser in Bezug auf die drei Prinzessinnen, Tochter des Königs Louis Philippe, eine Maßregel nehmen wollen, welche der internationale Charakter unserer Konventionen und der gegenwärtige Zustand unserer Beziehungen in Europa der Gerechtigkeit und dem Wohlwollen seiner Regierung gestatten. Um diesen Gedanken zu verwirklichen, hat uns der Kaiser befohlen, Ihre Sanktion den folgenden Gesetzesvorschlag zu unterbreiten. (V. 3.)

Paris, 24. Juni. Das „Exposé des motifs“, das dem Gesetz betreffs der Prinzessinnen der Familie Orleans vorangeht, lautet:

Meine Herren! Der Prinz-Präsident der Republik erließ am 22. Januar 1852, damals mit der unbefrchteten legislativen Gewalt bekleidet, ein Dekret, das sich auf ein altes öffentliches Recht Frankreichs stützend, der Staats-Domäne die Güter zurückgab, die in der Donation einbegripen waren, welche der König Louis Philippe am 7. August seinen Kindern mache. Dieses Dekret, bekräftigt durch ein zweites vom 27. März 1852, ist vollständig und regelmäßig ausgeführt worden. Die Domänen-Verwaltung hat definitiv Besitz genommen von den in der Donation einbegripenen und beweglichen Gütern und hat sie zum Theil veräußert. Was jedoch die Staats-Politik vorgeschrieben hat und was die alten Gesetze der Monarchie autorisierten, hat Se. Majestät geglaubt, in sofern davon die drei Prinzessinnen, Tochter Louis Philippe's betroffen werden, modifizieren zu können. Diese drei Prinzessinnen figurierten unter den Kindern des Königs in den Akten vom 7. August. Später konstituierten sie sich in Heirathsgut die Vortheile, die für sie aus dieser Donation entsprangen; das Heirathsgut ein Prinzessin, die ihr Land verläßt und in eine fremde Familie tritt, kann als eine der Bedingungen betrachtet werden, welche der Heirath zur Folge gehabt haben. Andererseits hat der Vertrag vom 30. März den Frieden zwischen den Großmächten Europas glücklicherweise wieder hergestellt; dieser Vertrag ist ohne Zweifel dazu berufen, freundschaftliche Beziehungen zwischen den souveränen Häusern Europas zu erneuern und selbst zu schaffen. Unter diesen Umständen hat der Kaiser in Bezug auf die drei Prinzessinnen, Tochter des Königs Louis Philippe, eine Maßregel nehmen wollen, welche der internationale Charakter unserer Konventionen und der gegenwärtige Zustand unserer Beziehungen in Europa der Gerechtigkeit und dem Wohlwollen seiner Regierung gestatten. Um diesen Gedanken zu verwirklichen, hat uns der Kaiser befohlen, Ihre Sanktion den folgenden Gesetzesvorschlag zu unterbreiten. (V. 3.)

Frankfurt a. M., 26. Juni. Gestern Nachmittag ist Ihre Majestät die

Mainz, 24. Juni. Heute Vormittag brachten unsere hohen Militär- und Civil-Autoritäten, die letzteren eingeführt durch den großherzoglichen Territorial-Kommissar, Herrn Geheimen Regierungsrath Schmitt, dem Vice-Gouverneur General-Lieutenant v. Bonin, ihre Glückwünsche dar, und heute Abend findet im Civil-Casino zum Gutenberg ein großes Ballfest statt, an welchem sich unsere ganze militärische und bürgerliche höhere Gesellschaft beteiligen wird. Die Reihe der äußeren Festlichkeiten wird morgen Nachmittag ein großes Festdinner bei Sr. Excellenz dem Vice-Gouverneur schließen. (M. 3.)

Wildbad, 22. Juni. Gestern Nachmittag ist Ihre Majestät die

Kaiserin-Mutter von Russland mit ihrem Sohn, dem Großfürsten Michael, ihrer Tochter, der Kronprinzessin von Württemberg, und mit Sr. k. hoh. dem Kronprinzen nebst Gefolge in Wildbad angekommen und in dem für die hohen Herrschaften eingerichteten Hotel Bellevue abgestiegen. Die Witterung war nicht günstig; doch gewährte einigen Ersatz der freudige Empfang, den die Einwohner Wildbads den hohen Gästen bereitet hatten. (S. M.)

Kassel, 25. Juni. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer berichtete der Präsident über die Lage der Landtagsgeschäfte. Die Ausschüsse hatten seit der Beurlaubung der Mitglieder die ihnen überwiesen wichtigen Aufgaben mit Fleiß und Eifer bearbeitet; es habe diese Tätigkeit jedoch durch die im Herbst vorigen Jahres eingetretenen Ministerkrise eine Unterbrechung erleiden müssen. Erst im November sei Herr Staatsrath Scheffler bevolkmächtigt und mit diesem bis Mitte Dezember konseriert, auch am 7. Januar d. J. die Berathung über das wegen der Kriegsbereitschaft angefochtene Ansehen in Folge einer Eröffnung des kurfürstlichen Finanzministeriums, daß dasselbe annoch zu berufen haben möchte, damit erledigt werden. Der Präsident hätte damals die Mitglieder wieder einberufen wollen, dieses aber auf ihm regierungsteilig eröffneten Wunsch, in der Hoffnung, dadurch die Lösung bestehender Differenzen zu fördern, noch unterlassen zu müssen geglaubt. Inzwischen sei der Herr Geh. Reg.-Rath von Sternberg zur Berathung mit den Landständen und zwar in der Eigenschaft als Landtags-Kommissar bestellt und seien das Wahlgesetz und die Geschäftsführung der ständischer Leistung mitgetheilt und vor ihm (dem Präsidenten) dem Verfassungs-Ausschuß überwiesen worden, welcher auch Ende Mai die sämtlichen Berathungen schließen konnte, so daß die Berichte über deren

Ergebnisse nunmehr in den Händen der Mitglieder sich befinden. Gleichzeitig habe das Präsidium aber auch dieselben hier wieder zusammenzubringen, um auf den Abschluß der seit vier Jahren im Werke befindlichen Verfassungs-Angelegenheit bedacht zu sein. Seitdem sei auch jene weitere Mitteilung der hohen Staats-Reg

Großbritannien:

[Oberhaussitzung vom 23. Juni.] Lord Lynhurst beantragt die zweite Lesung der den Abschöpfungs-Gesetz betreffenden Bill. Er bemerkt, es sei kaum zu begreifen, wie sich noch ein triftiger Einwand gegen einen solchen Gesetzwurf erheben lasse, da die in der Gesetzesformel enthaltenen Worte: „auf den wahren Christenglauben“, deren Beibehaltung von den Gegnern des Bill verlangt werde, niemals jenen Zweck gehabt hätten, dem man sie jetzt dienstbar mache. Wenn man die Bill verwerfe und statt ihrer die von Lord Derby eingebrachte annehme, so werde dies kein anderes Ergebnis haben, als daß letztere, wenn sie an das Unterhaus gelangte, von diesem gleichfalls verworfen werden würde. Die Sache würde mitunter ganz auf dem alten Flecke bleiben. Der Bill, um welchen es sich handle, sei ursprünglich auf die Katholiken berechnet gewesen, obgleich seit dem Durchgehen der die Katholiken betreffenden Emancipations-Akte kein Katholik genehmigt gewesen sei, ihn zu leisten. Die Gesetzesformel, welche die katholischen Parlamentsmitglieder zu leisten hätten, enthalte die Worte: „auf den wahren Christenglauben“ nicht. Aus den Ausführungen des Lord Somers und des Lord-Kanzlers Talbot ersehe man, daß zur Zeit dieser Männer die Kunden ganz in derselben rechtlichen Lage gewesen seien, wie die übrigen Engländer. Wenn das Parlament sie aus dem Unterhause ausschließen wolle, so würde es seiner würdiger sein, das auf dem Wege der direkten Gesetzgebung, als durch die gezwungene Auslegung von Worten zu thun, deren Zweck und Sinn ein ganz anderer sei. Wenn man ferner sage, daß die Auslassung der erwähnten Worte das Parlament entchristlicher würde, so frage er, ob wohl irgend Jemand zu behaupten wage, daß das Parlament während der Regierung Williams III. und des frommen Königs Eduard VI. weniger christlich gewesen sei, als jetzt. Man sage, es gezieme sich nicht, daß Jemand, welcher dem jüdischen Bekenntnis angehöre, Mitglied der Legislatur eines christlichen Landes sei. Was aber sei unter einem christlichen Lande zu verstehen? Ein Land, in welchem die Regierung und die große Mehrheit des Volkes Christen seien, keineswegs aber ein Land, in welchem man die einen nicht-christlichen Bekenntnisse angehörigen Unterthanen jener bürgerlichen Rechte und Privilegien beraube, deren sich der Rest des Gemeinwesens erfreue. Schon seit vielen Jahren seien sowohl in England wie in den englischen Kolonien Municipalposten von Israeliten in durchaus tadeloser Weise bekleidet worden. Das Verhalten der Juden sei im Allgemeinen ruhig und harmlos, und während sie Gott auf ihre eigene Weise verehren, legten sie nicht den Wunsch an den Tag, die englische National-Religion irgendwie zu beeinträchtigen. Er verlange die Zulassung der Juden zum Parlament als ein Recht, nicht als eine Gunst für sie. Earl Stanhope stellt den Antrag, die zweite Lesung der Bill bis über sechs Monate zu vertagen. Gegen die zweite Lesung erklärten sich 110, für dieselbe 78 Stimmen. Die Bill ist demnach mit einer Mehrheit von 32 Stimmen verworfen.

Unterhaus-Sitzung. Fortescue beantragt folgende Resolution: „Das Haus hat mit Besiedigung die Fortschritte beobachtet, welche der Unterricht der ärmeren Klassen der irischen Unterthanen Ihrer Majestät unter Leitung der Kommission für die National-Erziehung gemacht hat, und ist der Meinung, daß bei der Anwendung dieses Systems oder bei irgend welcher Abänderung der gegenwärtig bestehenden Bestimmung in streng und unveränderbar an seinen Grundzügen festzuhalten ist, welche die elterliche Autorität, so wie für die Schüler jeglichen Bekenntnisses die Gewissensfreiheit durch Ausschließung jedes erzwungenen Religions-Unterrichts sichern, da das Haus die Überzeugung hegt, daß kein Plan zur Erziehung der irischen Armen, möge derselbe in anderer Hinsicht noch so weise und tieflich erachtet sein, eine segensreiche Wirksamkeit haben kann, wosfern nicht ausdrücklich als sein leitender Grundsatz der Sohn hingestellt wird, daß kein Versuch gemacht werden soll, den besonderen religiösen Glauben irgend eines christlichen Bekenntnisses zu beeinflussen oder ihm entgegenzutreten.“ Dieser Antrag, durch welchen die neutrale Siegerei durchgegangene Resolution Walpole's unschädlich gemacht werden soll, wird durch Kirk unterstützt. Grogan stellt den Antrag, der Resolution noch folgende Worte hinzuzufügen: „Das Haus ist jedoch der Ansicht, daß im Einklang mit jenem Grundsatz keine Schule aus dem Grunde, weil ihre Gesetze die Bestimmung enthalten, daß jedes in ihr erzogene Kind täglich einen Theil der heiligen Schrift lesen muß, des Rechtes beraubt werden darf, Unterstützung aus den Fonds des Unterrichtsbüros zu erhalten.“ G. A. Hamilton unterstützt das Amendment. Lord Bernard beantragt die Vertagung der Debatte. Lord Palmerston widersetzt sich dem, und bei der Abstimmung wird der letzterwähnte Antrag mit 331 gegen 50 Stimmen verworfen. Nachdem ein Antrag Bance's auf Vertagung des Hauses gleichfalls mit 328 gegen 39 Stimmen zurückgewiesen worden ist, wird zur Abstimmung über Grogan's Amendment geschritten und dasselbe mit 282 gegen 95 Stimmen verworfen. Die ursprüngliche Resolution wird hierauf genehmigt.

Niederlande.

Haag, 22. Juni. Die „Goudsche Kronykske“, welche die Interessen der antirevolutionären Partei vertritt, enthält heute das Programm des neuen Ministeriums in einem „Was wir wollen!“ überschriebenen Artikel. Sie wollen weiter nichts, als die Abschaffung des Repräsentativ-Systems, das in ihren Augen bloß die verdeckte Volks-Souveränität ist; einen König, der herrscht und regiert; die Revision der Verfassung von 1848; ein anderes Wahlsystem und die Umgestaltung der Korporationen. Kann man sich unter solchen Umständen darüber wundern, daß die Kunde von der neuen Zusammensetzung des Ministeriums im ganzen Lande den peinlichsten Eindruck gemacht hat? Einmuthig bekämpft auch fast die ganze niederländische Presse das neue Kabinett als durchaus unverträglich mit den Grundsätzen der ungeheuren Mehrheit der Nation. Mit Grund fragt man sich, mit wem denn diese Herren zu regieren gedenken? Oder sollte es ihre klägliche Absicht sein, einen kleinen Staatsstreich zu versuchen und sich der Kammer zu entledigen? Alle Journale sind darüber einig, daß ein liberal-gemäßigt Ministerium für den Augenblick das allein mögliche ist.“ — Diese nämliche Korrespondenz schreibt unterm 23. Juni: „Der Marine-Minister hat es, als er vernahm, welche neuen Kollegen ihm zugedacht seien, ebenfalls für tug erachtet, sich zurückzuziehen. Die Entrüstung, welche darüber herrscht, daß die unduldsame Partei ans Ruder gelangt, ist unbeschreiblich. Man befürchtet das Schlimmste; denn genau gezählt, kann das neue Ministerium höchstens auf zehn Stimmen in der Kammer rechnen, und ein Misstrauens-Votum in einer der ersten Sitzungen gilt als unausbleiblich. — Die Königin-Mutter ist gestern aus Petersburg hier eingetroffen. Sie wird sofort nach ihrem Landsitz Soestdyk abreisen.“ (Indep.)

Amsterdam, 24. Juni. Die heutige „Staats-Courant“ meldet, daß der König durch Beschluss vom 23. dem Justiz-Minister Donker Curtius, dem Minister des Innern, van Reenen, dem Minister des katholischen Kultus, Mutsaers, und dem Marine-Minister de Smit van den Broecke, die nachgesuchte Entlassung ertheilt, hinsichtlich der beiden letzteren jedoch bestimmt hat, daß sie ihre Posten so lange bekleiden sollen, bis ihre Nachfolger ernannt sind. Das amtliche Blatt meldet ferner, daß die übrigen vier Minister ihre Entlassung eingereicht haben, dieselbe aber vom Könige nicht angenommen worden ist. Außer den schon bekannten Ernennungen der Herren van der Bruggen zum Justiz-Minister, Simons zum Minister des Innern und Gevers van Endegeest zum Minister des Auswärtigen, enthält die „Staats-Courant“ noch die Ernennung des entlassenen Justiz-Ministers Donker Curtius, der seinen Posten übrigens noch bis zum 1. Juli zu versehen hat, zum Staatsminister, und des Herrn Mutsaers zum Staatsrath. — Nach dem „Handelsblad“ war der neue Minister des Innern, Herr Simons, gestern im Haag, wo er mit Herrn Gevers van Endegeest, dem neuen Minister des Auswärtigen, eine Konferenz hielt.

Belgien.

Brüssel, 24. Juni. Ich bin im Stande, über Ihre vorgestrigene Notiz in Bezug auf den hiesigen Credit-Mobilier, der in der Geburt erstickt ist, Ihnen einige Berichtigungen zugehen zu lassen, die aus der verlässlichsten Quelle herstammen. Die Genehmigung dieser Anstalt, welche mit einem Kapital von 140 Millionen Franken begründet wer-

den sollte, ist nicht, wie Sie mit einigen hiesigen Journalen meldeten, bis nach den Julifesten, sondern auf unbekümmte Zeit vertagt. Den Vorwand zur Nichtgenehmigung liefert dem Gouvernement der abschlagige Bescheid des Herrn Liefts, der das Direktorium der Anstalt nur in Verbindung mit seinem Amte als Gouverneur von Brabant annehmen wollte, was unzulässig befunden ward; der wahre Grund jedoch ist die sehr energisch ausgesprochene Abneigung des Ministers Blain XIV., und ist wohl keine Hoffnung auf einen anderen Ausgang vorhanden, so lange derselbe einen so maßgebenden Platz im Kabinett einnimmt. Auf Börse und Publikum hat diese Nachricht keinen bedeutenden Eindruck hervorbringen können, da bereits vorher bekannt war, daß nur 10 Millionen al pari dem Publikum zur Disposition gestellt werden sollten. So eben höre ich, daß der Bürgermeister von Brüssel, Herr de Brouckere, wohl in Folge dieser Umstände, sein Entlassungsgesuch beim Könige eingereicht hat. Sein Sohn war zum Sekretär des Credit-Mobilier mit 12,000 Franken Gehalt designirt worden. Es wäre leicht möglich, daß die fortwährend im Steigen begriffene Strömung des Katholizismus den streng liberalen Bürgermeister mit forttriebe und daß seine Entlassung auf nicht überstandener Widerstand stieße. (K. 3.)

Spanien.

Madrid, 23. Juni. Der Gesundheitszustand der Königin ist befriedigend. — Heute, nach dem Auftritte, sind die Bauten der Puerta del Sol dem Herrn Font mit einer Verminderung um 13 Mill. zugeschlagen worden; dieses Ergebnis ist vortrefflich.

Portugal.

Man schreibt der „Epoca“ aus Lissabon vom 14. Juni, daß das neue Ministerium in der öffentlichen Meinung Wurzel fasse. Graf Thomar, der eine oppositionelle Stellung einzunehmen beabsichtigt, hatte für's Erste darauf verzichtet. — Man versicherte, Marshall Saldanha habe das General-Kommando der Armee niedergelegt und werde in Kurzem die Ufer des Tajo verlassen und sich, in Begleitung seiner Tochter, der Gräfin Farrobo, nach Frankreich und von da ins Bad nach Spaa begeben. Marquis Maria Sforza, neapolitanischer Gesandter zu Lissabon und Madrid, und der russische Gesandte Graf Ozeroff haben aus Anlaß der Einsetzung der neuen Regierung das Großkreuz von Villaviciosa erhalten. Gleiche Auszeichnung seitens des Königs Dom Pedro V. wurde dem Grafen Nesselrode zu Theil.

Osmanisches Reich.

△ Von der montenegrinischen Grenze, 10. Juni. Die Nachricht von der Ermordung des englischen Konsuls in Skutari bestätigt sich nicht; hingegen ist wieder das Gericht verbreitet, der französische Konsul sei auf seiner Reise durch Albanien in einem Wirthshause unwitentlich Alessio getötet worden; doch mangeln hierüber weitere Daten. Der Besuch, den einige Kadetten einer englischen Dampfsfregatte in Skutari machten, rief daselbst viel Lärm hervor und die Neugierigen mußten sich wieder einschiffen, um Unruhen zu vermeiden. Das schöne Seminargebäude und die katholische Kirche in Skutari wurden von den Türken zerstört und hierbei ein Mönch, der unter die berauschte Menge geriet, arg gemitschelt. In den meisten Orten Albaniens und namentlich im Gebiete haben die Christen große Unbilden zu erleiden. In Zaka wurden drei griechische Kirchen zerstört. Da die christliche Bevölkerung Albaniens bewaffnet und kriegerisch ist, so stehen blutige Konflikte bevor. Jedenfalls ist die Stimmung sehr ernst, und von Augenblick zu Augenblick können bedauernswerte Katastrophen eintreten.

Die oben erwähnte englische Dampfsfregatte weilt so eben im Hafen von Antivari, einige Meilen weg in der hohen See sieht man eine österreichische Escadre kreuzen, die aus 9 Kriegsschiffen und 2 Dampfern besteht.

Amerika.

New York, 11. Juni. Im Senat hatte das Mitglied für Illinois eine Bill zur Pacification von Kansas eingeführt. Sie schlägt vor, die Territorial-Regierung von Kansas und die von der dortigen Legislatur gegebenen Gesetze abzuschaffen und die in Nebraska geltende Verfassung dort einzuführen. Nach einer scharfen Debatte zwischen den Senatoren Trumbull und Douglas wurde die Bill an das Gebiete-Komitee verwiesen.

Mr. Crittenden schlug einen anderen Plan vor. Der Präsident sollte das Kommando über die Truppen dem General Scott übertragen, dessen Stimme mehr ausrichten würde, als 1000 Bayonette. Mr. Mason hält es für ungünstig, dem Präsidenten, der in der Sache allein zu befehlen habe, vorzuschreiben. Mr. Seward war für den Vorschlag, doch wurde die Debatte vertagt.

Berichte aus Kansas von zweifelhafter Glaubwürdigkeit melden: die Freistaatmänner hätten die Stadt Bernad niedergebrannt und Eigentum zum Betrage von 12—15,000 Doll. vernichtet. Die Abolitionisten nahmen nach einem verzweifelten Kampfe, in welchem drei von der Sklaverei partei waren, die Stadt Franklin ein. Man meldet noch andere Schärfen. Gouverneur Shannon hatte eine Proklamation erlassen, worin er alle Freischäften aufruft, auseinander zu gehen.

Die Aufstellung von Mr. Buchanan und Mr. Breckinridge zur Kandidatur für die Präsidentschaft und Vice-Präsidenten ist von demokratischen Massen-Meetings in Philadelphia und anderswo ratifiziert worden.

Die Rebellen in Harti standen, 6000 Mann stark, vor Lux Cayes.

Alles Geschäft hatte aufgehört und das Kriegsrecht war proklamirt.

In New-Jersey hat ein Know-nothing-Konvent den Commodore Stockton zum Präsidentschaftskandidaten empfohlen.

Nach Handelsbriefen aus New York herrschte in den letzten vierzehn Tagen der Börse eine ziemliche Thätigkeit bei einiger Hebung der Kurve, wozu großenteils der steigende Geldüberfluß beitrug. Auch ließ sich die Finanzlage im Allgemeinen sehr günstig an. Mr. Crampton's Entlassung war schon 14 Tage vorher diskontiert worden und übte keinen Einfluß mehr gegen die Börse. In Eisenbahn-Stocks waren die Börsenkurse groß zu etwas ungleichen Preisen. Da Geld über den Bedarf vorrätig war, zeigte der Zinsfuß Neigung zum Weichen.

(Indep.)

Breslau, 27. Juni. [Polizeiliches.] Gestohlen wurden: Altbücherstraße 12 ein dunkelbrauner baumwollener Regenschirm und 1 roth- und weißgestreiftes Bett-Inlet; Schmiditzer-Stadtgraben 21 circa 66 Flaschen diverse Weine und 2 Pfd. Fägbutter, die Glocke von der Furlampe; Nikolaistraße 14 ein hölzernes Schaff; Junkerstraße 7 ein Sitzpolster mit silbergrauem Buchüberzug und Sprungfedern und ein wollener dunkelblauer Gurt mit brauem Lederbesatz. — Im Laufe dieses Monats ist außerhalb Breslau einem Herren, während seines Verweilens in einem Gasthause, eine goldene russische Medaille am St. Annenbande entwendet worden. Die Medaille, einen Geldwert von circa 100 Thlr. habend, hatte die Größe eines Zweithalers, auf der einen Seite das Brustbild St. Majestät des habsburgischen Kaisers Nikolaus und auf der andern Seite die Worte in russischer Schrift: „Für Dienstleistung des Kaiserstaates.“ Es liegt die Vermuthung vor, daß die Verwertung derselben am hiesigen Orte versucht werden wird. — Es wurden polizistisch in Breslau genommen: 2 verschiedene Stück Messing, zusammen im Gewicht von 2½ Pfund, ein Kinder-Sonnenschirm, ein neues Wagenkissen mit grünem Buchüberzug und ein hölzernes Schaff. Gefunden wurden: 2 ausländische Lotterie-Lose; 4 steinerne gefüllte Brunnenflaschen.

Berlören wurde: Ein Portemonnaie, enthaltend über 6 Thlr. baares Geld, worunter ein Dollar.

(Unglücksfall.) Am 22. d. M. ertrank ein hiesiger Schlosser-Geselle beim Baden in der alten oder unterhalb der Füstenbrücke. Sein Leichnam wurde erst am 23. d. M. aufgefunden. (Pol.-Bl.)

Amtl. Verordnungen und Bekanntmachungen.

Die Nr. 148 des Pr. St.-Anz. bringt:

1) Den allerhöchsten Erlaf vom 12. Mai d. J., betreffend den Bau und

die Unterhaltung der Chaussee über Haus-Reindorf bis zu der ascherslebengelerner Staats-Chaussee.

2) Den allerhöchsten Erlaf vom 28. Mai d. J., betreffend die Chaussee von Posen bis zur Kreisgrenze in der Richtung auf Dobrin.

3) Die Circular-Befreiung vom 2. Juni d. J., betreffend die Kommunal-Besteuerung der Beamten.

4) Die Instruktionen zur Ausführung der Städte-Ordnung für die Rheinprovinz, so wie in Betreff des Verfahrens bei Beantragung der Verleihung der Städte-Ordnung vom 15. Mai d. J. an die auf dem Provincial-Landtag im Stande der Städte vertretenen Gemeinden, vom 18. Juni d. J.; so wie die Instruktion des ebd. zur Ausführung des Gesetzes vom 15. Mai d. J., betreffend die Gemeinde-Befreiung in der Rheinprovinz.

Gerichtliche Entscheidungen, Verwaltungs-Nachrichten &c.

Berlin. Der vor einigen Tagen in Folge einer Entscheidung des Obertribunals wieder aufgenommene Prozeß wegen des Berraths telegraphischer Depeschen durch Bestechung von Telegraphen-Beamten war hauptsächlich durch die Mittheilungen des Präsidenten über einen der wichtigsten Zeugen der Anklage, den Agenten Gode, von Interesse. Diesen Zeugen soll der Hauptangeklagte Janck im Gefängnis Geständnisse gemacht haben, aus denen die Staatsanwaltschaft die direkte Vertheilung Meyer's an dem Depeschen-Berraths-Komplott folgern zu müssen glaubte. Die Staatsanwaltschaft will auch in dem jetzigen Prozeß diesen Zeugen nicht entbehren. Nach der vom Präsidenten beim Beginn der gestrigen Sitzung gemachten Mittheilung ist indessen sein Aufenthaltsort bis heute nicht zu ermitteln gewesen, und seine Ermittlung auch um deshalb eine schwierige, weil er als Geschäftsführer einer umherziehenden Kunstreitertruppe angesehen ist. Letztere soll indessen nach einer ferneren Mittheilung in diesen Tagen in dem holländischen Orte Delf eintreffen, und selste mit Rücksicht hierauf der Staatsanwalt Orentmann den Antrag, den Gode durch einen sofort dorthin abzufsendenden Kriminal-Kommissarius schleunig hierher fessiren zu lassen. Die Verhandlungen würden nach der Meinung des Staatsanwalts dadurch keine Unterbrechung erleiden, da der betreffende Kommissarius mit dem Zeugen in drei Tagen wieder hier sein könnte; so lange würden sich aber die nötigen Verhandlungen hinziehen. Der Vertheidiger, Justizrat Gall, widerstellt sich jeder etwaigen Vertagung des Prozesses, indem er den Gode für einen ganz unerheblichen Zeugen erachtet wissen wollte, der schon um deshalb von den Richtern keinen Glauben verdiene, weil er schon wegen Unterschlagung und mit Verlust der bürgerlichen Ehre bestraft sei, aber auch juristisch wertlos sei, weil er nichts bekunden könne, als was er durch Hörensagen von Janck über die Ausführungen von den beiden Reichenheim's gehört hätte. Der Vertheidiger, Justizrat Gall, bemerkt, daß der Nebel der bei der ersten Verhandlung über dem Prozeß gescheitert — Dank dem Beschlüsse des höchsten Gerichtshofes — jetzt gefallen sei, und daß dem Richter jetzt ein klarer und unbefangener Einblick in das Sachverhältnis möglich wäre. Dem Angeklagten Meyer müsse außerdem an einer schleunigen Entscheidung liegen, da er durch ferneres Hinziehen der Sache den größten materiellen Nachteil ausgesetzt sei. Die persönliche Abhörung des Gode sei übrigens auch der Vertheidigung wünschenswert, da dieselbe nicht daran zweifele, daß er, nachdem er bereits dreimal verschiedene Angaben gemacht, jetzt womöglich ein viertesmal noch anders aussagen und dadurch dem Gerichtshof den besten Maßstab für Beurtheilung des moralischen und juristischen Wertes seines Zeugnisses an die Hand geben werde. Der Gerichtshof berichtet hierauf und beschloß, den Versuch zu machen, den Agenten Gode durch einen nach Delf in Holland abzufsendenden Kriminal-Kommissarius fessiren zu lassen, welcher letzterer das Resultat seiner Mission von dort aus sofort hierher zu telegraphiren habe, im Falle des Nichtauffindens des Gode aber den zu Beweis durch Verlesung der früheren eidlichen Aussagen desselben zu erheben. Demnächst verlas der Gerichtsschreiber dieselbe umfangreiche Anklage, welche dem Prozeß zum Grunde lag.

Der Dr. Schmidt, dessen Prozeß so außerordentliches Aufsehen erregt hat, erläßt in allen hiesigen Blättern heute folgende Erklärung: „In Beziehung auf die wider mich schwelende Untersuchung sind Gerüchte verbreitet, welche mich verantworten haben, meinen Vertheidiger um Zusammenstellung seiner in der Schlussaudienz gehaltenen Schlusrede zu ersuchen, um diese in einigen Tagen dem Drucke zu übergeben. Ich ersuche alle Freunde der Gerechtigkeit und Wahrheit, sich bis dahin eines Urtheils in der Sache und über mich zu enthalten.“

Dr. Ed. Schmidt.“

Berliner Börse vom 26. Juni 1856.

Fonds- und Geld-Course.		
Freiw. Staats-Anleihe	100	B.
Staats-Anl. von 50/52	101	G.
dito	1853	96
dito	54/55	101
Staats-Schuld-Sch.	96	bz.</td